Abend-Ausgabe Nr. 546 Montag, 21. November 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 2.20, durch Postbezug RM. 2.30 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerhalb Dresdens Versand nur mit Morgenausgabe

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise s. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Hilfsgeb. 50 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Gangsterverbrechen finden schnellste Sühne

Der Reichsjustizminister setzt ein Sondergericht ein

Berlin, 21. November.

Unter dem Eindruck der in letzter Zeit sich häufenden Gangsterverbrechen und namentlich des vierfachen Mordes in Graz hat der Reichsminister der Justiz im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern eine Verordnung erlassen, die die sofortige Aburteilung derartiger Taten in einem besonders schnellen und rechtsmittellosen Verfahren sicherstellt.

Nach der Verordnung kann die Staatsanwaltschaft bei Verbrechen Anklage vor dem Sondergericht erheben, wenn sie der Auffassung ist, daß mit Rücksicht auf die Schwere oder Verwerflichkeit der Tat oder die in der Oeffentlichkeit hervorgerufene Erregung sofortige Aburteilung durch das Sondergericht geboten ist. Beim Sondergericht, das aus drei Berufsrichtern besteht, gibt es keine gerichtliche Voruntersuchung und kein besonderes Eröffnungsverfahren. Die Ladungsfrist beträgt 24 Stunden. Das Urteil wird mit der Verkündung rechtskräftig und sofort vollstreckbar.

Die Verordnung gilt auch für das Land Oesterreich und für die sudetendeutschen Gebiete; dort entscheidet an Stelle des Sondergerichtes das Oberlandesgericht. Die Verordnung zeigt, daß der nationalsozialistische Staat gewillt ist, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß bei Kapitalverbrechen die verdiente Strafe der Tat möglichst auf dem Fuße folgt.

Der erste praktische Fall

Berlin, 21. November.

Wie die Justizpressestelle Berlin mitteilt, wird der am 12. Oktober in Berlin-Nikolassee an dem Kraftdroschkenfahrer Herbert Taubel verübte Mord schon am Mittwoch zur Aburteilung kommen. Auf Grund der neuen Verordnung über die beschleunigte Aburteilung von Gangsterverbrechen und die Erweiterung der Zuständigkeit des Sondergerichts wird der Angeklagte, der 19jährige Hans Hahn aus Erfurt, sich nicht vor dem Schwurgericht, sondern vor dem Sondergericht in Berlin-Moabit zu verantworten haben.

Was Chamberlain und Halifax in Paris besprechen

Neben Spanien stehen Luftrüstungsfragen im Vordergrund

London, 21. November.

Der bevorstehende Besuch von Premierminister Chamberlain und Außenminister Halifax in Paris nimmt in starkem Maße das Interesse der Londoner Morgenblätter in Anspruch. Der diplomatische Korrespondent der „Times" sagt unter anderem, daß dieser Besuch seit München der erste Schritt vorwärts sei. Die Szene habe sich seit München durch verschiedene Ereignisse geändert. Das Blatt verweist in diesem Zusammenhang auf den englisch-amerikanischen Handelsvertrag und das englisch-italienische Abkommen. Spanien werde zweifellos den Hauptpunkt in den Erörterungen über die Beziehungen zu Italien bilden. Man könne auch annehmen, daß die vier Minister militärische Fragen erörtern würden. In beiden Ländern habe man Fragen wegen der Lücken in der Rüstung gestellt, und zweifellos werde man den Versuch machen, die Zusammenarbeit Englands und Frankreichs auf politischem Gebiet auf das der Wiederaufrüstung, besonders in der Luft, auszudehnen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" ist dagegen, daß das englische Kabinett aktiv die Suche nach einer Versöhnungsbasis im Augenblick fortsetzt. Er meint dann ebenfalls, daß in Paris Rüstungsfragen und weiter die Spanienfrage einschließlich der französischen Seewege nach Nordafrika erörtert werden würden. Der „Daily Herald" ist der Ansicht, daß in erster Linie Luftverteidigungsfragen erörtert werden würden, und daß England in Paris darauf drängen werde, daß Frankreich sich auf den Bau von Bombern konzentriere. Auch die Frage der Seeverbindungswege werde erörtert werden.

Der Londoner Berichterstatter des in Paris erscheinenden „Excelsior" erklärt, insbesondere scheine die Luftfahrt eine sehr heikle Aussprache notwendig zu machen. Englischerseits sei man beunruhigt über die ungenügende Erzeugung von Flugzeugen in Frankreich, und Chamberlain wünsche über die Maßnahmen unterrichtet zu werden, die getroffen worden seien, um diese Erzeugung zu steigern. Französischerseits sei man dagegen im Recht, sich über den Beschluß der englischen Regierung beunruhigt zu zeigen, wonach die Erzeugung von Bombenflugzeugen zugunsten der Herstellung von Jagdflugzeugen etwas verlangsamt werden soll. Man wisse auch in London, daß die französischen Minister über die Absichten Chamberlains unterrichtet zu werden wünschten hinsichtlich der beschleunigten Entsendung eines Expeditionskorps nach Frankreich im Falle eines Krieges. Es handele sich für Frankreich darum, zu wissen, ob das englische Heer so bleibe, wie es heute sei, oder ob es zu einer Streitmacht ausgebaut werden solle, die geeignet sei, im Kriegsfalle eine bedeutende Rolle zu spielen.

Deutsche Abordnung im letzten Geleit Atatürks

Riesiger Trauerzug in Ankara - Allgemeine Anteilnahme der Bevölkerung

Ankara, 21. November.

In der Nacht vom Sonntag auf Montag haben in Ankara wenige von den Hunderttausenden geschlafen, die hier aus allen Orten der thrazischen und der anatolischen Türkei zusammengeströmt sind. Eine schier unübersehbare Menschenmenge füllte den breiten Straßenzug, der von „Kamutay", dem Parlamentsgebäude, über den Ulusplatz zum Hügel des Ethnographischen Museums führt.

Ausgangspunkt des Trauerzugs war am Montag der Vorhof des Gebäudes der Großen Nationalversammlung, des „Kamutay". In dem gegenüberliegenden Hotel Ankara-Palace, dem Absteigequartier eines Teils der Trauerabordnungen aus dem Ausland, hatten sich die Delegationen versammelt.

Der Führer und Reichskanzler ist durch folgende Abordnung vertreten: Der Präsident des Geheimen Kabinettsrats, Reichsminister Freiherr von Neurath, General der Infanterie List, Admiral Carls und Generalleutnant der Flieger Felmy. Der deutschen Delegation waren folgende Herren zugeteilt: Gesandter von Kotze, Vortragender Legationsrat Braun von Stumm, Legationssekretär von Kessel, Oberst der Luftwaffe Kettenheil, Oberstleutnant von Post, Oberleutnant zur See Beige.

Auf der Straße, die vom Bahnhof in die Stadt führt, hatten Truppenteile der türkischen Wehrmacht, und zwar Lanzenreiter, Artillerie, das Regiment der Republikanischen Garde zu Fuß, das Junkerregiment der Kriegsschule und Marinefüsiliere Aufstellung genommen sowie die ausländischen Truppenabordnungen Englands, Sowjetrußlands, Griechenlands, Bulgariens, Rumäniens, Jugoslawiens und des Iran. Da der Trauerzug eine außerordentliche Länge hat, mußten verschiedene Umwege eingeschlagen werden, auch darum, um möglichst vielen der Hunderttausende von Menschen Gelegenheit zu geben, einen letzten Blick auf die sterblichen Ueberreste Atatürks zu werfen.

„Mars-Invasionsangst" in USA

Neuyork, 21. November.

Das mit Hilfe einer an den Haaren herbeigezogenen und mit allen Mitteln gesteigerten Kriegspsychose in den Vereinigten Staaten hervorgerufene Rüstungsfieber war am Montag Gegenstand scharfer Angriffe von sieben großen Organisationen. In einer gemeinsam abgefaßten Erklärung beschuldigen diese Organisationen die amerikanische Regierung, sie setze in der Führung ihrer Außenpolitik Hysterie an die Stelle der Vernunft. Die angebliche, den amerikanischen Ländern drohende Gefahr des Einfalles nennen sie ironisch eine „Mars-Invasionsangst". Schlachtschiffe und Bombenflugzeuge könnten die wirtschaftliche und kulturelle „Arbeit der totalitären Staaten in Südamerika" nicht aufhalten, noch könnten sie „totalitäre Gedanken" verscheuchen. Hinter dem hysterischen Geschrei von der Bedrohung der Demokratie und der Notwendigkeit der gemeinsamen Verteidigung verberge sich nur nackter Imperialismus und der Versuch, die lateinamerikanischen Länder unter nordamerikanische Oberhoheit zu bringen.

Oberst von Schell

wurde, wie bereits gemeldet, von Ministerpräsident Generalfeldmarschall Hermann Göring zum Generalbevollmächtigten für das gesamte Kraftfahrwesen ernannt.

Aufn. Scherl-Bilderdienst

„Notwendige Voraussetzung"

Warschau, 21. November.

Die jüdische Frage wird am Montag erneut vom „Dziennik Narodowy" behandelt. Das Blatt schreibt, die Nation, die in Europa frei von den Einflüssen des Judentums ist, werde ein großes und unbestreitbares Uebergewicht über die anderen Nationen haben. Darum müsse auch Polen nach und nach alle Juden aus seinem Gebiet entfernen. Das gelte ebenso für alle anderen Länder Europas. Eine solche Erledigung der jüdischen Frage sei eine notwendige Voraussetzung für eine Erneuerung Europas. Man müsse in Polen die bisherigen Anstrengungen für Ausschaltung der Juden aus dem politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben verdoppeln, verdreifachen und verzehnfachen. Um ein glückliches, unabhängiges Polen zu erhalten, müsse man den Juden die politischen Rechte im Staate nehmen, sie aus den kulturellen und wirtschaftlichen Positionen ausschalten und dann schließlich ganz und gar aus Polen beseitigen.

•

Die polnische Stimme ist eine von vielen aus dem Lande unseres östlichen Nachbarn, in dem man mehr als anderswo erkennt, was notwendig ist, weil dort die Judenfrage auf den Nägeln brennt. Wenn man als Reichsdeutscher in Polen reist, so mag man sich mit Vertretern dieser oder jener politischen Richtung, Anhängern dieser oder jener Partei unterhalten, mit solchen, die dem nationalsozialistischen System sympathisch gegenüberstehen, oder solchen, die es ablehnen — in einer Frage sind sich alle einig: „Was Sie in Deutschland mit den Juden gemacht haben, ist richtig!" Diese Feststellung wird stets getroffen, ohne Unterschied des Lagers. Auch die Erkenntnis, die der „Dziennik Narodowy" äußert, nämlich daß die Erledigung der jüdischen Frage eine notwendige Voraussetzung für eine Erneuerung Europas sei, besitzt einen weit breiteren Boden, als in amtlichen Warschauer Auslassungen zutage tritt. Man blickt auf die Judengesetze Italiens; auf die Versuche des mit Warschau eng befreundeten Rumäniens, mit der jüdischen Pest fertig zu werden; auf die Maßnahmen Ungarns und anderer Länder, und allmählich reifen auch in Polen Entschlüsse, die tiefer gehen als die bisherigen, ihrer Verwirklichung entgegengehen.

Die Judenfrage ist eines der zentralen Probleme der europäischen Politik. Allerdings wird dem Weltjudentum, da es dieses geschickt versteht, seine Absichten hinter den demokratischen Doktrinen zu verbergen, in drei Großstaaten bislang noch die Stange gehalten, und diese Hilfsstellung ist es, die es ihm ermöglicht, einen so schädlichen Einfluß auf die internationale Politik auszuüben. In den Vereinigten Staaten wirkt als Hauptdrahtzieher der Vorsitzende des Kriegsindustrierates während des Weltkrieges und jetzige Finanz- und Wirtschaftsberater Roosevelts, Bernard Baruch. Er hat es nicht nur verstanden, den Wirtschaftsboykott gegen Deutschland in großem Umfange aufzuziehen, sondern ist auch der Einpeitscher der gesteigerten amerikanischen Marineaufrüstung, die sich nach seinen eigenen Worten eindeutig gegen Deutschland richtet. Ihm zur Seite stehen Hunderte von antideutschen Vereinigungen mit entweder völlig jüdischer Mitgliedschaft oder aber zumindest stark jüdischer Durchsetzung und jüdischer Leitung. Rundfunk, Film und Presse der Vereinigten Staaten werden von Juden geleitet und beeinflußt —, und hier liegt der Schlüssel zu einer Politik, über deren Abwegigkeit man bei uns oft nur den Kopf schütteln kann. In Großbritannien gibt es 189 deutschfeindliche Organisationen, und diese haben sich unter rein jüdischer Führung zusammengeschlossen. Es liegt auf der Hand, auf welchem Boden in England die Giftpflanzen wachsen. Es ist genau derselbe wie in Frankreich auch, wo heute allein die obskure „Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus" über 30 000 Mitglieder zählt. Mehrfach konnte den Franzosen der unmittelbare Ursprung der Greuellügen gegen Deutschland aus der jüdischen Sudelküche nachgewiesen werden; so bei der Marokkolüge, die sich der im Sowjetsolde stehende Jude Pertinax — Stalin bezeichnete dies Geschöpf einmal als den einzigen Journalisten, zu dem er Vertrauen habe — aus den Fingern sog. Von Juden bestimmt wird die Politik des „Oeuvre", der „Humanité", des „L'Ordre" und anderer Organe. Von weitblickenden Franzosen werden die Gefahren seit langem erkannt, und die Abwehr wächst in französischen politischen wie wirtschaftlichen Kreisen. Wahrlich, das Schiff „Europa" würde einen besseren und stetigeren Kurs steuern, wenn man den jüdischen Ballast so verlagerte, daß es ihm nicht mehr möglich ist, eine Schlagseite zu erzeugen.

Aber Schlagseite zeigt unter dem jüdischen Einfluß leider noch ein großer Teil der öffentlichen Meinung der genannten Länder. Hundert Jahre Schulung im demokratisch-liberalistischen Denken haben es vermocht, den gesunden Instinkt, der im Franzosen wie im Engländer durchaus schlummert, zu überlagern. Das ist nicht so verwunderlich, erlebten wir doch im deutschen Volke ähnliche Erscheinungen. Sie sind auch heute noch nicht ganz ausgerottet. Trotz Barmat, trotz Kutisker, trotz Hilferding gibt es einige wenige, die infolge unüberwindlicher geistiger Trägheit nichts gelernt haben. Das jüdische Vermögen ist in Deutschland pro Kopf viereinhalbmal so groß wie das der deutschen Volksgenossen. Es würde hier zu weit führen, den Ursprung dieser Kapitalien im einzelnen darzulegen. Sie wurden zum großen Teil erst ergaunert im Kriege und während der Periode des Weimarer Staates; die Inflation und die Krisen der Nachkriegszeit gaben den Juden Gelegenheit, sich gesund zu stoßen. Das eine Prozent der Reinsager nun ist es, das heute die Köpfe zusammensteckt und unter Umständen gar Mitleid mit denen heuchelt, die Notzeiten des deut-